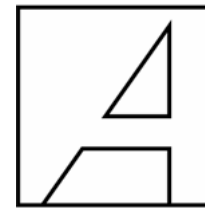




MKAS - Newsletter



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Skopje, 11. Januar 2006

Mazedonien im Dezember 2005:

Mazedonien erhält den EU-Kandidatenstatus!

Starke Töne aus Pristina

Rupel für Lockerung der Visabeschränkungen

Das Mazedonische Parlament beschliesst Verfassungsänderungen

Affäre „Geheime Schweizer Konten“

Drei neue Web-Portale der Regierung eröffnet

Wirtschaft

Kurzmeldungen



Außenpolitik

Mazedonien erhält den EU-Kandidatenstatus!



Auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Union, das vom 15.-17. Dezember in Brüssel stattfand, wurde Mazedonien der EU-Kandidatenstatus zugesprochen. Die Verleihung des Kandidatenstatus' wird als trotz der Kritik an Bulgarien und Rumänien als Zeichen für eine weitere Erweiterung der EU angesehen. Mazedonien steht weiter auf der Agenda.

In einer festlichen Ansprache an das mazedonische Volk betonte Präsident Branko Crvenkovski, dass die Entwicklung Mazedoniens von der Unabhängigkeit zum EU-Beitrittskandidaten innerhalb von 14 Jahren eine Leistung sei, die Respekt verdiene. Premierminister Vlado Buckovski sagte, dass Mazedonien in Zukunft den steinigen Weg des Balkans verlassen und auf die Autobahn Richtung Europa einlenken werde. Die EU habe ihr Vertrauen in Mazedonien gezeigt.

Der Oppositionsführer Nikola Gruevski begrüßte die Entscheidung der EU sehr und meinte dazu, die mazedonischen Politiker hätten gute Lobbyarbeit geleistet und das Beste erreicht. Diese Entscheidung bezeichne den Anfang eines Wettrennens und gebe der Regierung die Gelegenheit, ihren Regierungsstil zu ändern, falls sie das oberste Ziel des Landes, Mitglied der EU zu werden, in einigen Jahren erreichen wolle. Die Entscheidung der EU wurde von allen politischen Parteien Mazedoniens ausnahmslos begrüßt. Nach inoffiziellen Informationen will die EU abwarten, ob die kommenden Parlamentswahlen in Mazedonien demokratisch, fair und gerecht ablaufen, bevor sie ein Datum für den Verhandlungsbeginn festsetzt. In einem solchen Falle könnten die Verhandlungen Anfang 2007 beginnen, jedoch sollen erst auf dem EU-Gipfel im Juni 2006 die Konditionen für die Aufnahme von Verhandlungen festgelegt werden. Bis dahin wird wohl nichts weiter passieren.



Eine Umfrage, die vom Institut für Demokratie, Solidarität und Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat für Europäische Fragen der mazedonischen Regierung durchgeführt wurde, ergab, dass zum Zeitpunkt der Umfrage 91,9 Prozent der mazedonischen Bevölkerung einem Beitritt zur EU zustimmen würden.

Anlässlich einer von Eurobarometer unter EU-Bürgern durchgeführten Umfrage sprachen sich 42 Prozent gegen einen Beitritt Mazedoniens aus, 41 Prozent befürworteten ihn, und 17 Prozent hatten keine Meinung dazu.

Starke Töne aus Pristina

Auf der von der KAS organisierten Konferenz „State Building and Economical Reforms on the Western Balkans – An Agenda for Security and Prosperity“, die vom 30.11.- 2.12.05 in



Skopje stattfand, nahmen namhafte Vertreter der Staaten der Region teil. In deren Verlauf äußerte sich der Handelsminister des Kosovo, Bujar Dugolli, dass Prishtina die Geduld verlieren und Maßnahmen ergreifen wird, falls das Freihandelsabkommen, das vor vier Monaten unterzeichnet wurde, von Mazedonien nicht bald ratifiziert werde. Wörtlich sagte er, dass das Kosovo der „derzeit sicherste Platz der Erde ist und jedem alle Menschenrechte gewährt werden“. Die Entgegnung des Vorsitzenden des Kosovoausschusses im Serbischen Parlament, Dusan Prorokovic, dass gerade am Vortag ein serbischer Jugendlicher im Kosovo von Albanern erschossen wurde, ließ ihn unbeeindruckt. Dugolli forderte unbeirrt die Unabhängigkeit des Kosovo. In einem Interview mit einer mazedonischen Zeitung sagte er, dass es u. U. bei einer Enttäuschung der kosovarischen Bevölkerung bei den Statusverhandlungen zu erneuten Ausschreitungen kommen könnte.

Rupel für Lockerung der Visabeschränkungen

Der scheidende Vorsitzende der OSZE, Sloveniens Außenminister Dimitrij Rupel, hat an der XIII. Konferenz des Ministerrates der OSZE dazu aufgerufen, die Visabeschränkungen für die Staaten des Westbalkans und insbesondere für Mazedonien zu lockern. Slowenien ist schon seit einiger Zeit ein konsequenter Fürsprecher für einen EU-Beitritt Mazedoniens.

Innenpolitik

Das mazedonische Parlament beschließt Verfassungsänderungen



Das mazedonische Parlament hat mit 88 von 120 Stimmen Verfassungsänderungen zugestimmt. Mit dieser Entscheidung werden elf das Rechtswesen betreffende Gesetze der mazedonischen Verfassung geändert. Die Änderungen betreffen in erster Linie die Wahl der Richter und der Staatsanwälte, die nun durch den Gerichtsrat, beziehungsweise den Rat der Staatsanwälte gewählt werden sollen, anstatt wie bisher vom Parlament ernannt werden. Die Änderungen wurden von den Vertretern aller Parteien, außer der VMRO-DPMNE und der Agrarpartei ZNP angenommen.

Affäre „Geheime Schweizer Konten“



Die mazedonische Wochenzeitschrift „Fokus“ hat in einem Artikel über Bankkonten des früheren Premierministers Hari Kostov und des Präsidenten Branko Crvenkovski in der Schweiz berichtet und damit die Affäre „Geheime Konten“ eröffnet. Beide Politiker bestritten, über solche Konten zu verfügen. Sie haben als Beweise





Bestätigungen der Schweizer Banken vorgewiesen, die bescheinigen, dass solche Konten nicht existieren. Dabei ging es weniger, dass beide jeweils ca. 200.000 Euro in der Schweiz hätten, sondern mehr um das Verschweigen solcher Konten vor dem Parlament. Im weiteren Verlauf wurde auch der Generalstaatsanwalt, der bei Beginn der Affäre keinerlei Anstalten machte, den Fall zu untersuchen, geheimer Konten verdächtigt. Es ist zu erwarten, dass sich die ganze Angelegenheit mangels Beweise im Sande verlaufen wird.

Drei neue Web-Portale der Regierung eröffnet



Die Regierung hat drei neue Web-Portale eröffnet, um ihre Aktivitäten zu veröffentlichen, um den BürgerInnen den Zugang zu Informationen über die öffentlichen

Administrationsdienste zu erleichtern, und um Kleine und Mittlere Unternehmen zu fördern. (www.uslugi.gov.mk, www.gs.gov.mk, www.emarketlace.org.mk)

Wirtschaft

Der Gesamtbetrag der ausländischen Schulden Mazedoniens nähert sich der vom IWF gezogenen „roten Linie“ von 2 Mrd Dollar. Wie das statistische Amt Mazedoniens veröffentlichte, sei dagegen das Handelsdefizit mit 1,06 Mrd. US\$ in den ersten elf Monaten 2005 um 3,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Dies sei vorrangig auf den höheren Exporten von Textilien, Tabak und Stahlplatten zurückzuführen.

Deutschland hat im Jahr 2005 Mazedonien mit rund 375.000 € aus Mitteln des Stabilitätspakt für Südosteuropa unterstützt. Hauptsächlich ging es um Infrastrukturprojekte und um die Bekämpfung der Korruption. Weitere 300.000 Euro wurden in die Realisierung regionaler Projekte investiert.



Stabilitätspakt für Südosteuropa
Gefördert durch Deutschland
Stability Pact for South Eastern Europe
Sponsored by Germany

Mehr als 50.000 Arbeitnehmer sind bisher einem der beiden privaten Pensionsfonds beigetreten (siehe Berichte in den Newsletters für Oktober und November 05). Die Fonds werden ab 1. Januar 2006 in Kraft treten. Durch die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer soll das abgesunkene Rentenniveau der staatlichen Altersvorsorge ausgeglichen werden.

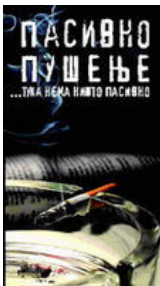
Seit dem 1. Januar 2006 das sog. Einschaltersystem (one-stop-shop) für die Registrierung von Firmen in Kraft. Mit der Einführung dieses Systems sollen neu gegründete Betriebe schneller ihre Arbeit aufnehmen können. Die Dauer der bisherigen Prozedur wird damit von 48 auf fünf Tage verkürzt.

Für die Privatisierung des Elektrizitätsmarktes wurden von sieben Unternehmen, die sich um den Kauf von ESM Distribucija, das staatliche Elektrizitätsunternehmen, beworben hatten, vier auf die „shortlist“ gesetzt: Die deutsche Firma RWE, die italienische ENEL, die



tschechische CEZ und die österreichische EVN. Die Regierung beabsichtigt die Privatisierung so schnell wie möglich durchzuführen, um nochmals Geld in die leeren Kassen des Staates zu bekommen. Außerdem müssen laut Gesetz Privatisierungen bis sechs Monate vor Parlamentswahlen abgeschlossen sein, die nächsten wären im September 2006. Bisher scheiterte der Verkauf aufgrund der massiven Kritik an der Regierung wegen des undurchsichtigen Verfahrens und der Proteste des IWF.

Kurzmeldungen



In Mazedonien ist eine Anti-Raucher-Kampagne angelaufen. Das Motto lautet „Passivrauchen – da ist nichts Passives dran“. Die Kampagne wurde vom Gesundheitsministerium in Zusammenarbeit USAID lanciert. Das Parlament hat beschlossen, die Zigaretten zu verteuern und fünf Denar (ca. 0.85 Eurocent) pro Zigarettenpackung in den Gesundheitssektor fließen zu lassen. Seit dem 1. Januar 2006 ist das neue „Anti-Raucher-Gesetz“ in Kraft, das die Situation in Mazedonien den EU-Standards annähern soll. Erstaunlich ist, dass im Tabakland Mazedonien, in dem fast jeder überall rauchte, die neuen Bestimmungen, die denen in Italien oder Spanien in nichts nachstehen, mit einer enormen öffentlichen Disziplin eingehalten werden.

Impressum:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

Zusammengestellt von:
Tiina Fahrni
Davor Pasoski

11.01.2006